

Stefan Karner – Peter Ruggenthaler (Hg.)

1938

Der „Anschluss“ im internationalen Kontext

Redaktionelle Mitarbeit:
Reinhard Möstl

Übersetzungen:
Otmar Binder, Milja Gafurova, Katarzyna Łakomik,
Julija Schellander, Bianca Sieberer

Leykam
Graz – Wien
2020

Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts
für Kriegsfolgenforschung, Graz – Wien – Raabs
Begründet von Stefan Karner

Herausgegeben von Barbara Stelzl-Marx

Sonderband 20

Advisory Board

Vorsitz Stefan Karner

- | | |
|---|--|
| Jörg Baberowski
Humboldt-Universität, Berlin | Bogdan Musial
Universität Warschau |
| Csaba Békés
Ungarische Akademie der Wissenschaften,
Budapest | Ol'ga Pavlenko
Russische Staatliche Geisteswissenschaftliche
Universität, Moskau |
| Günther Bischof
University New Orleans | Dieter Pohl
Universität Klagenfurt |
| Stefan Creuzberger
Universität Rostock | Pavel Polian
Universität Freiburg |
| Thomas Wegener Friis
Süddänische Universität, Odense | Peter Ruggenthaler
Ludwig Boltzmann Institut für
Kriegsfolgenforschung |
| Marcus Gräser
Johannes Kepler Universität Linz | Roman Sandgruber
Universität Linz |
| Kerstin Jobst
Universität Wien | Erwin Schmidl
Landesverteidigungsakademie, Wien |
| Rainer Karlsch
Humboldt-Universität-Berlin | Daniel Marc Segesser
Universität Bern |
| Mark Kramer
Harvard University | Ottmar Trașcă
Universität Cluj-Napoca |
| Hannes Leidinger
Universität Wien, Ludwig Boltzmann Institut für
Kriegsfolgenforschung | Stefan Troebst
Universität Leipzig |
| Peter Lieb
Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam | Oldřich Tůma
Tschechische Akademie der Wissenschaften, Prag |
| Ulrich Mählert
Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin | Alexander Vatlin
Moskauer Staatliche Universität |
| Horst Möller
München | Gerhard Wettig
Kommen/Deutschland |
| Verena Moritz
Universität Wien | Vladislav Zubok
London School of Economics |

Ein Projekt des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz – Wien – Raabs, in Kooperation mit der Universität Graz und der Stadt Graz



Ludwig Boltzmann Institut
Kriegsfolgenforschung

UNIVERSITÄT GRAZ
UNIVERSITY OF GRAZ
Institut für Geschichte



STADT
GRAZ
WISSENSCHAFT

Mit freundlicher Förderung und Unterstützung von



Bundesministerium
Europa, Integration
und Äußeres

WISSENSCHAFT · FORSCHUNG
NIEDERÖSTERREICH



Das Land
Steiermark

→ Wissenschaft

ZukunftsFonds
der Republik Österreich



ИНСТИТУТ ВСЕОБЩЕЙ ИСТОРИИ
РОССИЙСКОЙ АКАДЕМИИ НАУК



Stadt
Wien | Kultur

© 2020 by Leykam Buchverlags GmbH Nfg. & Co. KG, Graz – Wien

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Die Bildquellen- und Copyright-Nachweise wurden mit größter Sorgfalt erhoben. Im Falle geltend zu machender Urheberrechte ersuchen die Herausgeber um Kontaktaufnahme. Den Autorinnen und Autoren wurde es selbst überlassen, personenbezogene Bezeichnungen zu gendern. Wenn aus Gründen leichter Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form (generisches Maskulinum) gewählt wurde, schließt diese beide Geschlechter ein.

Anmerkung der Redaktion: Russische Eigennamen werden gemäß den wissenschaftlichen Transliterationsregeln wiedergegeben, außer bei im Deutschen geläufigen Schreibweisen wie etwa Gorbatschow, Trotzki, Sot-schi, Wolga, Kiew, NKWD, Dnjepr etc.

Titelbild: Bundesarchiv, Bild 146-1972-028-14 / CC-BY-SA 3.0.

Lektorat, Satz und Umschlaggestaltung: www.zwiebelfisch.at

Gesamtherstellung: Leykam Buchverlag

ISBN 978-3-7011-0421-5

www.leykamverlag.at

Inhalt

Zum Geleit	
Alicia Buenrostro Massieu	9
Teresa Indjein	11
Dmitrij Ljubinskij	15
Zur Einführung	
Stefan Karner – Peter Ruggenthaler	
Internationale Reaktionen auf den „Anschluss“ Österreichs 1938	17
Emil Brix	
Der „Anschluss“ Österreichs als Folge einer fehlenden Sicherheitsarchitektur für Europa	25
Erwin A. Schmidl	
Gedanken zu Machtübernahme, deutschem Einmarsch und „Anschluss“ 1938	31
Der „Anschluss“	
Hannes Leidinger	
Raumverluste. Österreichs Rolle in der Geschichte Europas zwischen den beiden Weltkriegen	39
Franz Cede	
Völkerrechtliche Aspekte des „Anschlusses“	59
Susanne Heim	
Auswirkungen des „Anschlusses“ Österreichs auf die Juden in Österreich	65

Der Protest Mexikos

Stefan Müller

Der Protest Mexikos und anderer lateinamerikanischer Staaten 81

Die Sowjetunion und der „Anschluss“ Österreichs

Verena Moritz

Vom „gerechtfertigten Streben des deutschen Volkes nach Vereinigung“:

Sowjetische Perspektiven auf den „Anschluss“ 1918–1933 91

Julia Köstenberger

Sowjetische-österreichische Beziehungen und die „Anschlussfrage“

1933/34–1938 107

Vladimir Švejcer

Österreich in den geopolitischen Plänen der UdSSR

Von der Mitte der 1930er- bis Anfang der 1940er-Jahre 121

Vasilij Christoforov

Die sowjetischen Geheimdienste und der „Anschluss“ Österreichs 129

Olga Pavlenko

1938/39 in der sowjetisch/russischen Historiografie

und im historischen Gedächtnis 133

Peter Ruggenthaler

Stalin und Österreich 1938 bis 1945 147

Die Reaktionen der Westmächte

Siegfried Beer

Von Ambivalenz zur Ohnmacht: Britische Reaktionen

zum „Anschluss“ im März 1938 157

Günter Bischof

Finis Austriae 1938: Die Appeasement-Politik der Vereinigten Staaten,

der „Anschluss“ und die Vertreibung der Juden 173

Die einstige „Schutzmacht“ Italien und der Vatikan

Michael Gehler

Der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich, Italien und die Lösung der Südtirolfrage durch Umsiedlung 1938/39 203

Stefan Karner

Exkurs: Die ladinischen Grödnertaler in den Umsiedlungsplanungen für Südtirol 1939–1941 219

Paolo Antonio Valvo

Der „Anschluss“ aus der Sicht des Vatikan 233

Die Reaktionen der Nachbarländer

Vít Smetana

Der „Anschluss“ und die Tschechoslowakei 251

Robert Fiziker

Ein Bruderzwist im (ehemaligen) Hause Habsburg. Ungarn und der „Anschluss“ 257

Tamara Griesser-Pečar

Jugoslawien 1938–1941 und der „Anschluss“ Österreichs 267

Martina Hermann

„Regardez une carte de la nouvelle Grande Allemagne et vous comprendrez ...“ Die Schweiz und der „Anschluss“ 277

Wanda Jarząbek

Polen und der „Anschluss“ Österreichs 291

Anstelle eines Schlusswortes

Andreas Khol

Schweres Erbe – ständiger Auftrag 305

Anhang

Autorenverzeichnis	321
Abkürzungsverzeichnis	323
Personenregister	325
Ortsregister	331

Zum Geleit

Am 19. März 1938 legte der Ständige Vertreter Mexikos, Isidro Fabela, beim Völkerbund in Genf die einzige offizielle Protestnote eines Landes gegen die Besetzung Österreichs durch Hitlerdeutschland vor, in der er diese als eine „Verletzung der Grundprinzipien des Völkerbündpakts sowie des Völkerrechts“ bezeichnete. Der mexikanische Protest entsprang der außenpolitischen Haltung unseres Landes und stand im Einklang mit den Grundsätzen unserer Diplomatie, die auf Nichteinmischung und Solidarität basiert.

Mexiko ließ dem formellen Protest auch Taten folgen: Es bot Tausenden Verfolgten des Nationalsozialismus Zuflucht und Exil. 1942 gründeten Exil-ÖsterreicherInnen in Mexico City den Verein „Acción Republicana Austriaca de México“, um den intellektuellen Kampf gegen den Nationalsozialismus in Europa zu unterstützen. Somit ermöglichte Mexiko den Kampf gegen den Faschismus und die Schaffung einer neuen österreichischen Identität auf Grundlage des kulturellen Schaffens. Die nach Mexiko geflüchteten ÖsterreicherInnen leisteten außerdem einen wertvollen und erfolgreichen Kulturbeitrag zur akademischen und künstlerischen Entwicklung Mexikos.

Daher ist dieses gemeinsame Kapitel der Geschichte besonders bedeutend für die Beziehungen zwischen Mexiko und Österreich. Im März 2018 wurde der 80. Jahrestag des mexikanischen Protests mit einer Reihe von Veranstaltungen unter anderem in Mexico City, Wien und Graz gewürdigt. Die Bedeutung, die Mexiko und Österreich heute diesem Ereignis beimessen, unterstreicht eindeutig das Bekenntnis beider Nationen zum Völkerrecht als Grundlage für das internationale Zusammenleben.

Ich begrüße die vorbildliche Initiative des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung und der Diplomatischen Akademie Wien, die historischen Ereignisse um den „Anschluss“ im internationalen Kontext zu betrachten und auf die daraus resultierenden Entwicklungen, deren Einfluss auf die internationale Diplomatie bis heute Gültigkeit bewahrt, einzugehen.

Alicia Buenrostro Massieu
Botschafterin von Mexiko in Österreich

Zum Geleit

Das Jahr 2018 war für Österreich ein wichtiges Jahr. Denn es bot Gelegenheit, historisch bedeutender Ereignisse wie dem Ende des Ersten Weltkrieges, der Ausrufung der Ersten Republik und des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich zu gedenken.

Die Erinnerungen an die Ereignisse vom 12. März 1938 nahmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. „Ein Begräbnis aller menschlichen Würde“ hatte der Schriftsteller Carl Zuckmayer die Vorkommnisse auf den Straßen Wiens am Vorabend des 12. März 1938 genannt. In der Beschäftigung mit diesem Teil unserer Geschichte ist Österreich einen langen Weg gegangen. So wissen wir heute auch um die katastrophalen Folgen, insbesondere für die Juden in Österreich, um Vertreibung, Vernichtung und in weiterer Folge Krieg.

Es ist das große Verdienst des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung (unter der langjährigen Leitung von Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c. Stefan Karner), mit dem internationalen Blick auf die Ereignisse unserer eigenen andauernden Auseinandersetzung eine wünschenswerte und substanzielle weitere Dimension zu verleihen. Die Beiträge namhafter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler versammeln den aktuellen Forschungsstand und machen die unterschiedlichen Sichtweisen deutlich, diskutieren auch schwierige und schmerzliche Aspekte. So kann dieses Buch über ein wesentliches Kapitel unserer Vergangenheit ein Geschichtsbuch für die Zukunft werden, weil es Wissen und Verständnis fördert und damit neue Sichtweisen eröffnet.

Auch die österreichischen Vertretungsbehörden trugen diesem Anliegen in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wissenschaft mit einer Reihe von Veranstaltungen im Gedenkjahr 2018 Rechnung:

Zum Thema *Verlorene Nachbarschaft Wien–Buenos Aires* wurden nach Buenos Aires emigrierte Bewohnerinnen und Bewohner der Neudeggergasse im 8. Bezirk in Wien in Ausstellungen, Expertendebatten und Filmabende in Buenos Aires eingebunden; das Österreichische Kulturforum (ÖKF) Brüssel lud zu Konferenz und Vortrag über *Verfolgte jüdische österreichische SchriftstellerInnen*; das ÖKF Berlin widmete sich der Thematik Kindertransporte nach England; im Pariser Mémorial de la Shoah fand in Kooperation mit dem ÖKF Paris eine „Journée spéciale Vienne“ unter anderem mit einer Filmvorführung „Die Stadt ohne Juden“ von Hans Karl Breslauer (Österreich, 1924) statt.

Eine besondere Rolle hatte 1938 Mexiko gespielt: Der mexikanische Diplomat und Völkerrechtsexperte Isidro Fabela hatte unter Berufung auf den Grundsatz der Nichteinmischung und Solidarität mit unterdrückten Völkern vor dem Völkerbund gegen den

„Anschluss“ protestiert. Die mexikanische Botschaft in Wien organisierte aus diesem Anlass unter anderem ein Seminar mit der Universität Wien und ein Gedenkkonzert mit den Wiener Philharmonikern, die auch für ein Konzert nach Mexiko reisten. Auch das ÖKF Mexiko widmete dem Anlass die siebenmonatige Veranstaltungsreihe *Geschichtskreuzungen: Mexiko–Österreich*.

Historische Forschung und Zusammenarbeit mit der Wissenschaft ist für die internationale Politik – und damit auch für die österreichische Außenpolitik – von großer Bedeutung. Neben Kunst und Dialog wird die Wissenschaft eine immer wichtigere Verbündete der Diplomatie – und damit ein weiterer Schwerpunkt unserer kulturellen Auslandsbeziehungen.

„Die Wissenschaft ist der Verstand der Welt, die Kunst ist ihre Seele“. Wir brauchen wissenschaftliche Forschung und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft zunächst als Grundlage evidenz-basierter Außenpolitik.

Mit Kultur und Wissenschaft treten wir über das Netzwerk unserer Vertretungsbehörden aber auch in Dialog mit der Welt. Wissenschaftliche Zusammenarbeit und akademische Mobilität tragen so zur Stärkung der internationalen Beziehungen bei. Denn mit dem Wissen, das sie generieren und verbreiten, vertiefen sie gegenseitiges Verständnis und stellen Vertrauen her – als Basis für Dialog und weiterführende Zusammenarbeit. Österreichische Wissenschaftsdiplomatie – Science Diplomacy – hat sich als stabilisierendes und weiterführendes Element in der Politik erwiesen, da Wissenschaft unabhängig von politischen Gegebenheiten immer eine positive Agenda der Zusammenarbeit schafft und Gesprächskanäle offenhält.

Die Zusammenarbeit mit der Russischen Akademie der Wissenschaften im Rahmen der Österreichisch-Russischen Historikerkommission ist ein herausragendes Beispiel dafür.

Die Kommission hat unter den bewährten und verdienten Co-Vorsitzenden Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c. Stefan Karner und Akad.Mtgl. Prof. Dr. Alexander Tschubarjan, Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, in den zehn Jahren ihres Bestehens sehr viel zu dem wachsenden gegenseitigen Verständnis von Geschichte und Kultur unserer beiden Länder beigetragen. Wichtige historische Themen werden von Expertinnen und Experten beider Länder gemeinsam erforscht und die Ergebnisse in wissenschaftlichen Konferenzen und Publikationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist dafür zu danken, damit eine wesentliche Grundlage für eine friedliche und gedeihliche Entwicklung unserer Beziehungen zu bereiten, im kulturellen ebenso wie im politischen Bereich.

Dem Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung (unter der nunmehrigen Leitung von Frau Univ.-Prof. Dr. Barbara Stelzl-Marx und dem stv. Institutsleiter Doz. Dr. Peter Ruggenthaler) gebührt deshalb besonderer Dank für die Organisation der dieser Publikation zugrundeliegenden Konferenz. Wann können wir wohl sagen, dass wir aus der

Geschichte lernen? Vielleicht, wenn wir friedlich und den europäischen Grundwerten entsprechend miteinander leben und an guten Grundlagen für unsere Beziehungen arbeiten, würde ich meinen. Die Konferenz und die in dieser Publikation gesammelten Beiträge der Historikerinnen und Historiker sind in diesem Sinn ein wichtiger Beitrag und auch Ausdruck einer guten Grundlage für eine friedliche Zusammenarbeit auch für die Zukunft.

Botschafterin Dr. Teresa Indjein
Leiterin der Sektion für Kulturelle Auslandsbeziehungen
im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres

Zum Geleit

Das vorliegende Buch beinhaltet Beiträge von Historikern zur ersten großen internationalen Konferenz in Wien zum Thema „1938. Der Anschluss im internationalen Kontext“ – anlässlich des 80. Jahrestages.

Der „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland, der die Alpenrepublik als einen selbstständigen Staat von der Weltkarte verschwinden ließ, war ein kompliziertes Kapitel in der Geschichte Europas. Die Sowjetunion war damals die einzige Großmacht, die den „Anschluss“ scharf verurteilte. Eine schlappe Reaktion der Westmächte mündete ein halbes Jahr später in den berüchtigten „Münchener Komplott“, der de facto zu einer Art „Abzugs-haken“ für den weiteren tragischen Verlauf der Geschichte wurde. Die nachgiebige Haltung des Westens Hitler gegenüber ermöglichte es ihm, den Zweiten Weltkrieg zu entfesseln.

Unser Land hat einen ungeheuren Preis für den Sieg über den Faschismus und für die Möglichkeit für die Europäer, in Frieden zu leben, gezahlt. Während des Krieges hat das multinationale sowjetische Volk fast 27 Millionen Bürger, überwiegend Zivilisten, verloren. Bei der Befreiung Österreichs sind fast 40.000 Rotarmisten gefallen.

Mit jedem Jahr rückt der Nachklang der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges weiter in die Vergangenheit. Und wir müssen leider mit Empörung zynische Versuche beobachten, die Geschichte des Krieges zu manipulieren, die Opfer und Henker gleichzustellen, Nationalsozialisten und ihre Helfershelfer als Helden darzustellen. Diese Versuche, die historische Wahrheit zu verfälschen oder gar der Vergessenheit preiszugeben, sind unzulässig.

Einen wesentlichen Beitrag zur gemeinsamen Geschichtsforschung leistet die Russisch-Österreichische Historikerkommission, die heuer ihr zehnjähriges Jubiläum beging. Ihre Tätigkeit trägt zur gründlichen Erforschung unserer gemeinsamen Geschichte, zur besseren Verständigung zwischen den Völkern Russlands und Österreichs bei.

Dmitrij Ljubinskij
Botschafter der Russischen Föderation in Österreich

Stefan Karner – Peter Ruggenthaler

Internationale Reaktionen auf den „Anschluss“ Österreichs 1938

Der „Anschluss“ Österreichs an Deutschland im März 1938 wurde vor allem in den letzten drei Jahrzehnten intensiv erforscht.¹ Wie es im Detail zum „Anschluss“ kam, ist hinlänglich bekannt. Ausführlich behandelt wurde in der Zeitgeschichtsforschung zudem die für die Schuschnigg-Regierung ungünstige außenpolitische Konstellation,² die nach der Achse Hitler–Mussolini dramatisch wurde.³ Bislang nicht im Fokus der Forschung standen aber die Entscheidungsmechanismen – vor allem in den Nachbarstaaten Österreichs –, die zu den bekannten offiziellen bzw. öffentlichen Reaktionen führten. Nur wenige Staaten drückten ihren Missmut über die Tilgung Österreichs von der europäischen Landkarte aus.

Mexiko war das einzige Land der Welt, das 1938 beim Völkerbund schriftlichen Protest gegen den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland einbrachte. Doch der Völkerbund blieb untätig. Die britische und die französische Regierung drückten am 11. März 1938 „a protest in the strongest terms“ bzw. „la protestation la plus énergique“ gegenüber dem deutschen Außenminister aus. Am Tag darauf folgten entsprechende Protestnoten. Doch diese waren halbherzig – in London und Paris hatte man insgeheim akzeptiert, dass Ös-

-
- 1 Erwin A. Schmidl, März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich. Wien 1987; Gerhard Botz, Wien vom ‚Anschluß‘ zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39. Wien 1978, stark erweitert zuletzt erschienen als Gerhard Botz, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung, Kriegsvorbereitung | 1938/39. Wien 2018; Kurt Bauer, Die dunklen Jahre: Politik und Alltag im nationalsozialistischen Österreich 1938 bis 1945. Frankfurt am Main 2017.
 - 2 Siehe vor allem Gerald Stourzh, Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung, in: Gerald Stourzh – Birgitta Zaar (Hg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938. Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs. 16. Wien 1990, S. 319–346; Oliver Rathkolb, The Austrian Foreign Service and the “Anschluss” 1938, in: German Studies Review XIII/1990/1, S. 55–84. Siehe dazu auch den Beitrag von Hannes Leidinger in diesem Band.
 - 3 Georg Christoph Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini und der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich, in: VfZ 51/2003/2, S. 147–182.

reicher eigentlich Deutsche seien und der „Anschluss“ als ein Akt der Vollziehung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gesehen werden könne. Die „Times“ etwa schrieb, auch Schottland habe sich vor 200 Jahren England angeschlossen. Die britische Regierung war partiell überrumpelt, gepaart „einerseits mit Ohnmacht, andererseits aber auch mit Erleichterung.“⁴

Im Gegensatz zu den USA und Frankreich erkannte London später den „Anschluss“ auch de jure an – womit sich Großbritannien gewissermaßen offiziell mit Österreich im Krieg befand –, im Gegensatz zu den anderen Großmächten, die Österreich als ein zu befreiendes Land betrachteten. Weil aber Österreich auf sein Recht auf Selbstverteidigung verzichtete, hätten die Großmächte aus diesem Titel, d. h. wegen des „Anschlusses“ Österreichs, über keine rechtliche Handhabe verfügt, um gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen.⁵ Erst als Deutschland am 1. September 1939 Polen überfiel, erklärte London Berlin den Krieg.

Die neutralen Vereinigten Staaten von Amerika verfolgten 1938 noch eine isolationistische Politik, erkannten den „Anschluss“ zwar de jure nicht an, de facto aber schon. Die Mitte der 1930er-Jahre in Washington verabschiedeten strengen Neutralitätsgesetze steckten, wie Günter Bischof in seinem Beitrag ausführt, US-Präsident Franklin D. Roosevelt „in eine Zwangsjacke und machten es ihm so unmöglich, bei der Verhinderung des Aufstiegs diverser Diktatoren in der internationalen Arena dieser Zeit eine aktivere Rolle zu spielen.“ Bischof schildert in seiner quellengestützten Studie die Haltung des diplomatischen Corps der USA in Wien. Sehr früh schon zeigte dieses große Sympathien für die verfolgte österreichische jüdische Bevölkerung. Strenge Quotenregelungen der USA hinderten ihre diplomatischen Vertreter, österreichischen Juden entsprechend mehr Einreisevisa für die USA auszustellen. Aufgrund des „in der öffentlichen Meinung tief verankerten Isolationismus“ und der „als Folge der Großen Depression grassierenden hohen Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Not“ sperrten sich die USA, auch in internationalen Konferenzen, wie in Evian, und bei Besprechungen, weitgehend gegen zusätzliche, auch jüdische Flüchtlinge. Dies war die eigentliche Triebfeder für Washingtons „feige Beschwichtigungspolitik“ gegenüber NS-Deutschland. Den tragischen Auswirkungen dieser Politik (nicht nur der USA) auf die österreichischen Juden widmet sich der Beitrag von Susanne Heim.⁶ Nur ein einziges Land war in der Folge noch bereit, Juden aus Österreich aufzunehmen und einreisen zu lassen: Lettland.

Unter diesen Verhältnissen könnte selbst die laue sowjetische Haltung zum „Anschluss“ als entschiedener Protest aufgefasst werden. Die UdSSR heftete sich stets auf ihre Fahnen, entschlossen gegen den „Anschluss“ Österreichs eingetreten zu sein. Ein Blick hinter die Kulissen offenbart, dass es beim sowjetischen Protest jedoch nur bedingt um das Schicksal

4 Siehe den Beitrag von Siegfried Beer in diesem Band.

5 Siehe den Beitrag von Franz Cede in diesem Band.

6 Siehe den Beitrag von Susanne Heim in diesem Band.

Österreichs ging bzw. angesichts der neuen geopolitischen Realitäten in Mitteleuropa gehen konnte.

Moskau: „Das größte Ereignis nach dem Weltkrieg, voll von größten Gefahren.“

In Moskau hatte man die Sprengkraft des Einmarsches der Deutschen Wehrmacht in Österreich rasch erkannt. Der sowjetische Außenkommissar Maksim Litvinov bezeichnete den „Anschluss“ gegenüber dem Politbüro als Gefahr: „Die Eroberung Österreichs stellt das größte Ereignis nach dem Weltkrieg dar, voll von größten Gefahren auch nicht zuletzt für unsere Union“. Am 17. März nahm er vor der sowjetischen Presse öffentlich Stellung und bezeichnete den „Anschluss“ als Gewaltakt und als Gefahr für die europäischen Staaten. Er erklärte, die UdSSR sei bereit, an gemeinsam beschlossenen Kollektivmaßnahmen teilzunehmen, um „die weitere Ausbreitung der Aggression zu verhindern und die erhöhte Gefahr eines neuen Welt-Massakers auszuschalten“.

Litvinovs Rede wurde einen Tag später in einer Note Großbritannien, Frankreich, der Tschechoslowakei und den USA mit dem Vorschlag zur Abhaltung einer gemeinsamen Konferenz übermittelt. Der Aufruf – zum Schutz der Tschechoslowakei gedacht – blieb ohne Resonanz. Die Rede galt in der Sowjetunion als offizieller Protest der UdSSR gegen den „Anschluss“. So entstand der Mythos, die UdSSR sei die einzige Großmacht gewesen, die sich 1938 vehement für die Unabhängigkeit Österreichs eingesetzt habe. Dies geschah später freilich unter den Bedingungen des Kalten Krieges. Wie Olga Pavlenko ausführt, hatte dies deshalb in der sowjetischen Historiografie nicht nur eine deutliche ideologische Tendenz. Das klare Ziel war es, mit der Uminterpretation der sowjetischen Rolle die Ereignisse des Jahres 1939 („Hitler-Stalin-Pakt“) zu verschleiern. Die Erklärung lautete: die UdSSR sei während und nach dem „Anschluss“ Österreichs wegen „des Schwankens und Wankens“ der europäischen Demokratien und der von London durchgeführten „Politik der Absprache mit dem Aggressor“ in eine diplomatische Isolation geraten: „In voller Einsamkeit schützte die UdSSR die internationalen Interessen der Demokratie. Insbesondere übernahm ihre Diplomatie den Schutz der Satzung des Völkerbundes, die noch für einen kollektiven Kampf gegen Aggressoren verwendet werden konnte“.⁷

Tatsächlich protestierte die Sowjetunion weder offiziell bei der deutschen Regierung gegen den „Anschluss“, noch bekundete sie die Nichtanerkennung der „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“, wie der deutsche Gesetzestext zum „Anschluss“ im Wortlaut festhielt. So wertete die deutsche Diplomatie schließlich die mündliche Ankündigung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin, dass die Gesandtschaft in Wien geschlossen werde, als „bedingungslose Anerkennung“ des „Anschlusses“.

Moskaus Weg, mit der neuen Situation umzugehen, war jedoch weitaus diffiziler. Er verdeutlicht gleichzeitig den Platz, den die Sowjetunion im Konzert der Mächte 1938 ein-

7 Siehe den Beitrag von Olga Pavlenko in diesem Band.

nahm. Denn ein halbes Jahr nach dem „Anschluss“ brachte Litvinov das Thema erneut vor den Völkerbund. Er kritisierte „das Verschwinden Österreichs“ und rechnete scharf mit der Appeasementpolitik der Westmächte ab. Indirekt suggerierte er, die UdSSR sei bereit, an einem kollektiven Widerstand gegen den Aggressor – der namentlich aber unerwähnt blieb – teilzunehmen. Tatsächlich wurde allerdings Stalins Sowjetunion 1938 als neue europäische Großmacht ignoriert. Denn ohne sowjetische Beteiligung regelten Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland am 29./30. September 1938 im Münchener Abkommen die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete der Tschechoslowakei an Hitler. Es stellt sich die Frage, inwieweit man von Moskau überhaupt entschiedene Schritte erwarten konnte, denn Deutschland und die Sowjetunion arbeiteten seit dem Rapallo-Vertrag von 1922 wirtschaftlich eng zusammen.

Überraschend kam der „Anschluss“ Österreichs für Moskau keinesfalls. Bereits im März 1933 hatte dies der sowjetische „Außenminister“ Maksim Litvinov für ein wahrscheinliches Szenario gehalten.⁸ Die unausgesprochene Frage hieß: „*Wann* kommt der ‚Anschluss‘ an Deutschland?“ Das Juli-Abkommen 1936 bewertete Moskau als den Beginn eines stillen „Anschlusses“ und der formale „Anschluss“ war nur noch eine Frage der Zeit, noch aber für Deutschland nicht aktuell. Die sowjetischen Nachrichtendienste sahen ebenso die Möglichkeit einer Einverleibung Österreichs durch das Deutsche Reich als gegeben an und empfahlen der Moskauer Zentrale, „ihre Organe frühzeitig auf eine derartige Entwicklung der Ereignisse vorzubereiten“, so Vasilij Christoforov, ehemaliger Leiter der historischen Archive des sowjetischen/russischen Geheimdienstes.⁹

Nachdem Österreich den italienischen Rückhalt verloren hatte, versuchten auch Länder wie Rumänien angesichts der drohenden Einverleibung Österreichs durch NS-Deutschland ihre eigene Unabhängigkeit abzusichern. Dazu schlug Bukarest den Abschluss eines Abkommens zwischen der Kleinen Entente und Großbritannien, Frankreich sowie der Sowjetunion vor. Französische Sondierungen dazu in Moskau verliefen ergebnislos. „Und die österreichische Regierung war an einer solchen Konstellation mit Teilnahme der UdSSR ohnehin nicht interessiert“, konkludiert Julia Köstenberger.¹⁰ Schuschnigg hatte daher keine außenpolitischen Alternativen. Es blieb nur noch der Weg, mit Hitler eine direkte Verständigung zu finden. Aus der internationalen Konstellation heraus gesehen führte am Juli-Abkommen von 1936 kein Weg vorbei.

Nach dem Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes 1939 war Österreich für Moskau kein Thema mehr.¹¹ Erst nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 änderte sich die Haltung Moskaus und Stalin mutierte zu einem klaren Fürsprecher einer Wiederherstellung Österreichs. Nun bezeichnete er den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich

8 Siehe den Beitrag von Julia Köstenberger in diesem Band.

9 Siehe den Beitrag von Vasilij Christoforov in diesem Band.

10 Siehe den Beitrag von Julia Köstenberger in diesem Band.

11 Siehe den Beitrag von Peter Ruggenthaler in diesem Band.

als einen weiteren Schritt im „Sammeln deutscher Länder“. Österreich als Nation gab es für Stalin allerdings nicht, für ihn war Österreich „hauptsächlich von Deutschen besiedelt“. Daher passte für Stalin der „Anschluss“ in „das Bild des deutschen Nationalismus“. Ende 1941 stellte Stalin intern klar, dass er den „Anschluss“ „weder für richtig noch für annehmbar“ halte und eröffnete, „dass Österreich als unabhängiger Staat von Deutschland abgetrennt werden müsse“.¹² Stalin setzte fortan bewusst auf die Abgrenzung der Österreicher von den Deutschen, vor allem aus einem Grund: Deutschland sollte, wenn es besiegt sein würde, nie wieder eine Gefahr für die Sowjetunion werden. Stalin war sich bewusst, dass man Deutschland nicht zerstören könne („Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat werden bleiben.“). Ein Mittel zu seiner Schwächung war jedoch die Zerstückelung Deutschlands (Abtrennung Ostpreußens, Pommerns etc.) und die ständige Abtrennung des – in Stalins Augen ebenso von Deutschen besiedelten – Österreich.

Mexiko: „Der politische Mord Österreichs [...] ist ein schwerwiegender Angriff [...] auf die Prinzipien des Völkerrechts.“

Knapp eine Woche nach dem „Anschluss“ Österreichs richtete Mexiko am 19. März 1938 als einziges Land der Welt eine Protestnote an den Völkerbund. Der Protest war „ein antifaschistisches Abziehbild von Mexikos prinzipientreuer Außenpolitik“, schreibt Stefan A. Müller. Die Annexion Österreichs wurde für illegal erklärt und als schweres Attentat auf das Völkerrecht bezeichnet. Mexiko ging somit, so Müller weiter, von einem Fortbestehen Österreichs als Völkerrechtssubjekt aus. Die Note hielt fest: „Der politische Tod Österreichs [...] stellt ein schweres Attentat gegen den Völkerbundpakt und gegen die übernommenen Grundsätze des Völkerrechts dar.“ Die österreichischen Behörden, „welche der Gewalt weichen mussten“, hätten „nicht frei gehandelt, da ein erzwungener Willensakt kein Willensakt ist“. In der Folge vermied es Mexiko mit beträchtlichem Aufwand, sowohl eine De-jure- als eine De-facto-Anerkennung Österreichs als Teil Deutschlands vorzunehmen.¹³

Die Gründe für Mexikos Haltung sind vielfältig, aber klar: Man hatte in den Jahren davor ebenso vehement gegen den japanischen Einmarsch in die Mandschurei bzw. den italienischen Einmarsch in Abessinien protestiert. Mexiko kann nicht nur aus Gründen des Selbstschutzes als konsequenter Kämpfer für Demokratie und gegen Diktatur betrachtet werden.

Mit Sorge verfolgt Mexiko den spanischen Bürgerkrieg und fürchtete Folgen für die mexikanische Demokratie und Unabhängigkeit. In Österreich hatte Mexiko heimlich gewaltige Munitionsbestellungen getätigt, um die spanische Republik zu unterstützen. Mit dem „Anschluss“ fiel diese Hilfe weg. Aber auch andere Faktoren spielten eine Rolle: Mexi-

12 Ebd.

13 Siehe den Beitrag von Stefan A. Müller in diesem Band.

ko hatte die ausländische Erdölindustrie verstaatlicht und fürchtete Konsequenzen durch die USA. Doch die Entscheidung dazu fiel, wie Müller ausführte, unabhängig von den Ereignissen in Europa.

Am 11. Mai 1938 prangerte auch Chile im Völkerbund an, dass „das Verschwinden eines Mitgliedsstaates“ (Österreichs) im Völkerbund kein Echo gefunden hatte. Der spanische Delegierte erklärte in Genf am 19. September 1938: „Es sei wenigstens der spanischen Delegation gestattet, einen Blick entrüsteten Protestes zu dem Sitz hinzuwerfen, den einst die österreichische Delegation eingenommen hat.“¹⁴

Die Reaktionen der „Nachbarstaaten“

Der italienische Diktator Mussolini, der noch 1934 nach dem Putschversuch der Nationalsozialisten in Wien als Drohgebärden Truppen am Brenner aufmarschieren hatte lassen, war inzwischen mit Hitler verbündet. Österreich hatte Italien als Fürsprecher verloren. Die Bedeutung des „Anschlusses“ für die Südtirolfrage analysiert vielschichtig Michael Gehler. Durch den „Anschluss“ war Mussolini, so Gehler, in die Defensive geraten, denn der „Anschluss“ Österreichs wurde „von der Öffentlichkeit Italiens als erstes Zurückweichen, wenn nicht als Niederlage Mussolinis bewertet. Um dem verbündeten italienischen Diktator Genugtuung zu verschaffen, musste aus Sicht des Auswärtigen Amtes in Berlin eine Kompensation erfolgen, wofür sich das ‚Südtirol-Problem‘ anbot.“ Der „Anschluss“ hatte eine „katalytische Wirkung für eine Radikalisierung der Lösung“.¹⁵ Den NS-Umsiedlungsplänen anhand der Optionspolitik gegenüber der Südtiroler Bevölkerung widmet sich in einem Exkurs Stefan Karner. Er zeichnet die Planungen zur letztlich nicht erfolgten geschlossenen Umsiedlung der ladinischen Grödnertaler nach.

Lange Zeit kontrovers diskutiert wurde die Haltung des Vatikans gegenüber dem NS-Regime, auch die Rolle von Kardinal Theodor Innitzer. Dieser hatte sich – nach erheblichem Druck durch das NS-Regime – für den „Anschluss“ ausgesprochen. Daraufhin wurde er in den Vatikan zitiert. Zurück in Wien, hielt Innitzer dem Druck der Nationalsozialisten – trotz mehrerer mutiger Schritte, eindeutigen Predigten und Andachten, die sich gegen den Nationalsozialismus richteten, und des direkten Angriffs des NS-Mobs auf sein Palais und damit auf ihn selbst – anfangs nicht stand. In einer „Feierlichen Erklärung“ riefen alle österreichischen Bischöfe die Katholiken Österreichs dazu auf, bei der Volksabstimmung im April 1938 für den „Anschluss“ zu stimmen. Vor allem aus nationalen und sozialen Gründen und weil man sich vom „Dritten Reich“ eine Abwehr des „gottlosen Kommunismus“ versprach. Paolo Valvo zeichnet in seinem Beitrag auf Basis umfangreicher Recherchen in den vatikanischen Archiven die Ohnmacht des Heiligen Stuhls nach, diesen Entwicklungen in Österreich entgegenzutreten.¹⁶

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Siehe den Beitrag von Michael Gehler in diesem Band.

¹⁶ Siehe den Beitrag von Paolo Valvo in diesem Band.

Anhang

Autorenverzeichnis

Siegfried Beer, Univ. Prof. i. R., Dr., ehem. Leiter des Austrian Center for Intelligence, Propaganda and Security Studies (ACIPSS), Graz.

Günter Bischof, Prof. Dr., Leiter des Center University Research & Marshall Plan Professor of History, Direktor des Center Austria an der University of New Orleans.

Emil Brix, Botschafter Dr., Direktor der Diplomatischen Akademie Wien.

Franz Cede, Botschafter i. R. Dr., Leiter des Völkerrechtsbüros des österreichischen Außenministeriums (1993–1999).

Vasilij Christoforov, Prof. Dr., Russische Akademie der Wissenschaften.

Robert Fiziker, Mitarbeiter des Ungarischen Staatsarchivs.

Michael Gehler, Univ.-Prof., Dr., Vorstand des Instituts für Geschichte der Universität Hildesheim.

Tamara Griesser-Pečar, Historikerin, Universität Ljubljana.

Susanne Heim, Priv.-Doz., Dr., Institut für Zeitgeschichte München–Berlin.

Martina Hermann, Mag. Dr., Botschaftsrätin an der Österreichischen Botschaft Athen.

Wanda Jarzabek, Prof. Dr., Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

Stefan Karner, Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c., langjähriger Vorstand des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Universität Graz sowie Gründer und Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz – Wien – Raabs.

Andreas Khol, Univ.-Prof., Dr., 2002–2006 Präsident des österreichischen Nationalrates.

Julia Köstenberger, Mag. Dr., freie Mitarbeiterin am Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung, Graz-Wien-Raabs.

Hannes Leidinger, Priv.-Doz. Mag. Dr., Leiter der Außenstelle Wien des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz – Wien – Raabs.

Verena Moritz, Univ.-Ass. Mag. Dr., Universität Wien.

Stefan Müller, Dr., Österreichisches Rotes Kreuz (Öffentlichkeitsarbeit und Medienservice).

Olga Pavlenko, Prof. Dr., Vizerektorin (für Forschung) der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität.

Peter Ruggenthaler, Priv.-Doz. Mag. Dr., stv. Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz – Wien – Raabs.

Erwin A. Schmidl, Hofrat Univ.-Doz. Dr., Leiter der Abteilung Zeitgeschichte des Instituts für Strategie & Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie, Wien.

Vít Smetana, Dr., Tschechische Akademie der Wissenschaften.

Vladimir Švejcer, Prof. Dr., Russische Akademie der Wissenschaften.

Paolo Antonio Valvo, Dr., Università Cattolica del Sacro Cuore, Mailand.